Greift die LBBW doch nach dem Rettungsschirm?

Hilfe durch Eigner fraglich

STUTTGART (dpa). Der Chef der größten deutschen Landesbank LBBW, Siegfried Jaschinski, schließt den Griff nach dem Rettungsschirm der Bundesregierung nicht mehr aus. „Wir brauchen eine Eigenkapitalerhöhung um fünf Milliarden Euro, um gemeinsam mit unseren Kunden diese Krise durchstehen zu können“, sagte Jaschinski der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Sollten die Eigner der angeschlagenen Landesbank Baden-Württemberg diese Finanzhilfe nicht aufbringen, müsse die Bank wegen fehlenden Eigenkapitals Kreditlinien kürzen. Eine weitere Alternative wäre, unter den Rettungsschirm der Bundesregierung zu schlüpfen. Die Eigenkapitalquote der LBBW liegt derzeit bei sechs Prozent.

Die Eigner der LBBW – Land, Sparkassen, Stadt Stuttgart, L-Bank und Sparkassenverband Rheinland-Pfalz – hatten ursprünglich zugesagt, das Kapital der Landesbank um fünf Milliarden Euro aufzustocken. Zuletzt sollen jedoch der Sparkassenverband und die Stadt Stuttgart Zweifel angemeldet haben. Jaschinski äußerte sich in dem Gespräch mit der *FAZ* jedoch zuversichtlich, weiter Rückendeckung der Eigentümer zu haben.

„Noch haben wir keine Welle von Unternehmensinsolvenzen. Aber die Produktionskürzungen in der Automobilindustrie verschlechtern die Bonität der Zulieferer und deshalb hat die LBBW erste Wertberichtigungen“, erklärte Jaschinski. Die LBBW hatte im Jahr 2008 schon nach neun Monaten einen Verlust von rund 800 Millionen Euro ausgewiesen. Insgesamt sollen sich die Verluste in Folge der Finanzkrise im zurückliegenden Jahr auf zwei Milliarden Euro belaufen.

Statt Dividende Zinsen an den Staat

NEW YORK (dpa). Nach hohen Milliardenverlusten der Finanzkonzerne Citigroup und Bank of America steht die US-Bankenbranche vor neuen dramatischen Umwälzungen. Die Bank of America stürzte erstmals in der Finanzkrise ebenfalls in die roten Zahlen. Der amerikanische Staat ist jetzt bei beiden Instituten größter Anteilseigner. Wie zuvor bei der Citigroup stockte er am Freitag auch bei der Bank of America seine Beteiligung durch frisches Kapital von nun insgesamt 45 Milliarden Dollar auf. Als Gegenleistung für die Regierungshilfe muss die Bank ihre Dividende fast völlig streichen und dem Staat jährlich Zinsen in Milliardenhöhe zahlen. Die Citigroup, einst weltweiter Branchenprimus, will in ihrer Not weite Teile des Konzerns verkaufen. Im Gesamtjahr 2008 betrug der Verlust 18,7 Milliarden Dollar – ein Negativrekord in der Geschichte der Bank. Der Konzern will die Beschäftigtenzahl auf rund 300 000 senken – etwa 75 000 weniger als vor einem Jahr.

Billig telefonieren

Anbieter mit Tarifansage sind weiß abgesetzt.

ORTSGESPRÄCHE *Samstag/Sonntag*

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
7-19	Arcor	01070	1,48
	Star79	01079	1,49
19-7	Tele2	01013	0,93
	Star79	01079	1,49

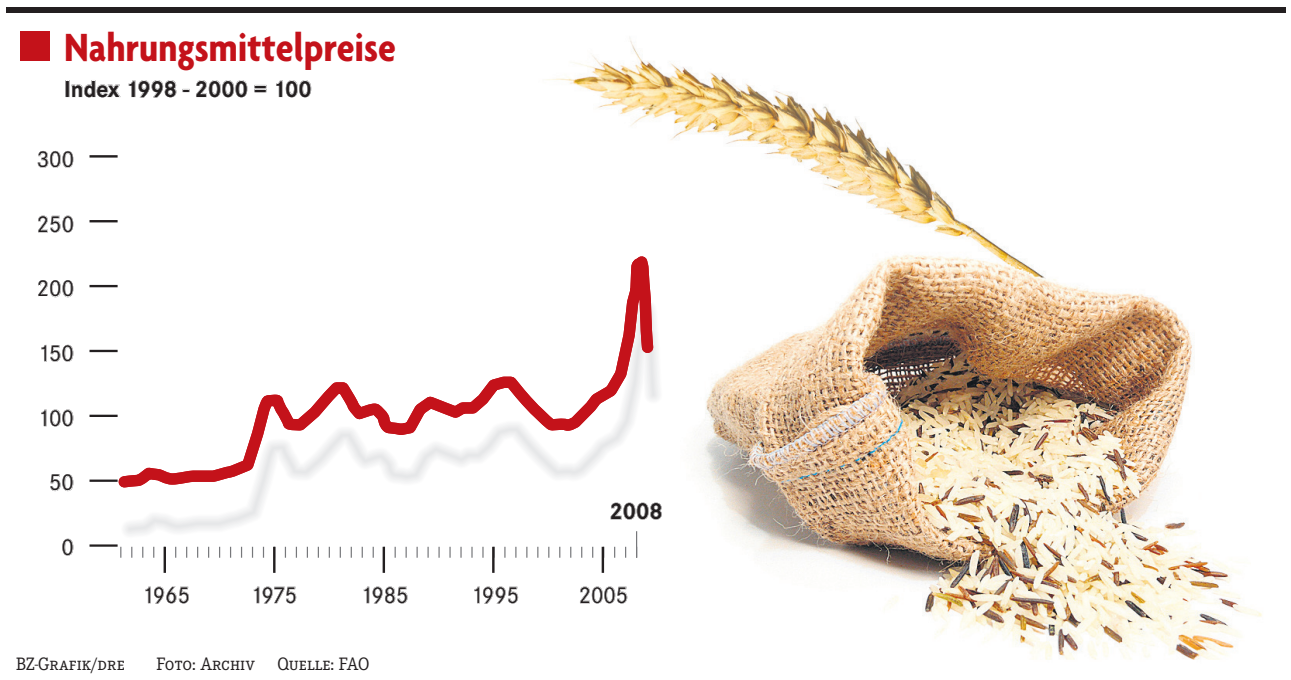
FERNGESPRÄCHE *Samstag/Sonntag*

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
7-16	Arcor	01070	1,39
	Star79	01079	1,68
16-7	Arcor	01070	0,93
	Star79	01079	1,68

- In der Tabelle sind nur Anbieter berücksichtigt, deren Netzkapazitäten nicht ständig überlastet sind und deren Preisgestaltung einigermaßen transparent und verlässlich ist.

Alle Angaben ohne Gewähr!

QUELLE: BZ/SACHS STAND 16.01.2009 BZ-GRAFIK/DRE



BZ-GRAFIK/DRE FOTO: ARCHIV QUELLE: FAO

Fast eine Milliarde hungert

Wegen der taumelnden Finanzmärkte wird nicht genug in die Landwirtschaft investiert

VON UNSEREM MITARBEITER CHRISTIAN MIHATSCH

BANGKOK. Die Nahrungsmittelpreise sind seit Mitte 2008 deutlich gesunken. Trotzdem hat übers Jahr die Zahl der Hungernden um 40 Millionen zugenommen. Die Wirtschaftskrise droht noch mehr Menschen in Hungersnöte zu stürzen.

Bevor es zur Kernschmelze im Weltfinanzsystem kam, beherrschte sie die Schlagzeilen: die Nahrungsmittelkrise. Die Preise für unser täglich Brot sind im Zeitraum zwischen April 2007 und Juli 2008 um 60 Prozent gestiegen (siehe Grafik oben). In vielen armen Ländern kam es zu Hungeraufständen oder Demonstrationen. Auch die Jahresabschlussbilanz 2008 der Welternährungs- und -landwirtschaftsorganisation FAO fällt düster aus: 963 Millionen Menschen, knapp 15 Prozent der Weltbevölkerung, haben nicht genug zu essen. Das sind 40 Millionen Menschen mehr als noch zu Beginn des Jahres – was ungefähr der Bevölkerung von Spanien entspricht.

PROBLEME

Mittlerweile sind die Preise wieder deutlich gesunken, allerdings nicht zurück auf das Ausgangsniveau. Die Nahrungsmittelpreise liegen immer noch 28 Prozent über dem Niveau von 2006. Doch damit ist die Krise längst nicht vorbei, denn die anderen Rahmenbedingungen haben sich eher verschlechtert:

Wirtschaftskrise: Weltweit bricht das Wachstum ein, Arbeitsplätze gehen verloren, in etlichen Ländern sinken die Löhne. Für die zwei Drittel der Menschheit, die mit weniger als zehn Dollar pro Tag auskommen müssen, kann ein derartiger Wirtschaftseinbruch lebensbedrohliche Konsequenzen haben.

Kreditklemme: Die Weltbevölkerung wächst von heute 6,7 auf voraussichtlich 9,2 Milliarden Menschen im Jahr 2050. Um alle satt zu bekommen, muss die Nahrungsmittelproduktion bis dann verdoppelt werden. Dies ist nur mit massiven Investitionen möglich. Aber genau diese Mittel werden wegen der Finanzkrise knapp. Die Banken in Entwicklungsländern geben den Bauern keine Kredite mehr. So hat trotz der hohen Preise die Getreideproduktion in Entwicklungsländern um lediglich ein Prozent zugenommen, während die besser kapitalisierten Bauern in den Industrieländern die Produktion um zehn Prozent erhöht haben. „Wenn die Kreditklemme die Bauern dazu zwingt, weniger anzubauen, droht eine neue Runde dramatischer Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln“, warnt der Vize-Chef der FAO, Hafez Ghanem.

Lagerbestände und Klimawandel: Ein Grund für die Explosion der Nahrungsmittelpreise waren die extrem niedrigen Lagerbestände an Getreide und Reis. Diese haben sich bis heute nicht erhöht, obwohl sie immer wichtiger werden. Wegen des Klimawandels nimmt die Zahl von Unwettern zu, und immer häufiger werden in einzelnen Ländern ganze Ernten vernichtet. Experten empfehlen daher die Schaffung von internationalen Nahrungsmittelreserven. Einstweilen aber existieren diese Vorräte nur auf dem Papier und machen keinen Hungernden satt.

Weltagrarmarkt und Biotreibstoffe: Bleibt also nur der Weltmarkt, um sich bei Bedarf mit Lebensmitteln einzudecken. Aber auch hier hat es im vergangenen Jahr keine nennenswerten Fortschritte gegeben: Die Industrieländer fördern nach wie vor die Umwandlung von Nahrungsmitteln in Biotreibstoff mit Milliardensubventionen. Und auch der Weltagrarmarkt bleibt grotesk verzerrt. Die einzige Hoffnung auf Liberalisierung – ein Durchbruch bei den Verhandlungen über einen neuen Welthandelsvertrag, der sogenannten Doha-Runde, hat sich einmal mehr nicht erfüllt.

ZIELE

Die Zahl der Hungernden ist 2007 und 2008 angestiegen und dürfte wohl dieses Jahr über die Milliarden-Grenze steigen. Dabei haben die Staaten der Welt im Jahr 2000 die Millenniumsziele verabschiedet und versprochen, den Hunger auf der Welt bis 2015 zu halbieren.

Noch sei dieses Ziel erreichbar, versichert der FAO-Chef, Jacques Diouf. Dazu ist aber eine neue Weltordnung der Landwirtschaft nötig und natürlich viel, viel Geld: Die FAO schätzt, dass jedes Jahr 30 Milliarden Dollar zusätzlich in die Landwirtschaft in Entwicklungsländern investiert werden müssten. Das entspricht weniger als einem Zwölftel der Summe, welche die Industrieländer in jedem Jahr für Landwirtschaftssubventionen ausgeben. Um die notwendigen Mittel und den politischen Willen zur Reform des Agrarmarkts zu mobilisieren, appelliert die Welternährungsorganisation FAO an den zukünftigen amerikanischen Präsidenten, Barack Obama, einen Welternährungsgipfel einzuberufen.

KOMMENTAR

Die Zahl der Hungernden wächst

Das Jahr der Krisen

Jeder sechste Mensch hungert. Diese Zahl ist erschütternd. Und es werden immer mehr statt weniger. Gleichzeitig produziert die Finanzkrise täglich neue Hiobsbotschaften. Dazu kommt der Klimawandel. Die Welt sieht sich gleichzeitig mit drei Krisen konfrontiert. Und alle drei können nur abgewendet werden, wenn alle Länder mitmachen – und das schnell: Für das Hunger-, Wirtschafts- und Klimaproblem müssen dieses Jahr Lösungen gefunden werden. Insofern wäre ein Hungergipfel, neben dem Welt-Finanz-Gipfel im Februar und der Klimakonferenz im Dezember, ein wichtiges Zeichen – nämlich, dass die Führer der Welt alle drei Krisen ernstnehmen. Aber natürlich kommt es nicht auf die Anzahl Gipfeltreffen an, sondern auf die Resultate. Es geht nicht länger darum, hehre Versprechen wie mit den Millenniumszielen abzugeben, sondern diese zu halten. Dafür ist Kompromissbereitschaft nötig und Geld. Streit ist also programmiert. Außerdem werden intelligente Lösungen benötigt. Denn keine der Krisen darf auf Kosten einer anderen gelöst werden. Da trifft es sich gut, dass der künftige amerikanische Präsident, Barack Obama, Bildung und Intelligenz einen höheren Wert beimisst als sein Vorgänger. Aber auch ein Obama kann die Welt nicht im Alleingang retten. Die Bürger aller Länder müssen darauf achten, dass ihre Politiker ob des zu erwartenden Streits nicht den Blick fürs Ganze verlieren. Und dazu gehört auch eine Zahl: Jeder sechste Mensch hungert. *Christian Mihatsch*

KURZ GEMELDET

Iren verstaatlichen Bank

Irland verstaatlicht im Zuge der Finanzkrise seine erste Bank. Die Regierung übernimmt die Anglo Irish Bank komplett. Bei einer Pleite der drittgrößten irischen Bank hätte der Staat für die Verbindlichkeiten der Bank in Höhe von 100 Milliarden Euro einspringen müssen. *dpa*

Niedrigste US-Inflation

Die US-Inflation ist Ende 2008 auf den niedrigsten Stand seit mehr als einem halben Jahrhundert gefallen. Im Dezember lag die jährliche Inflationsrate nur noch bei 0,1 Prozent. Eine niedrigere Teuerungsrate hatte es den Angaben zufolge zuletzt 1954 gegeben, als die Preise um 0,7 Prozent gesunken waren. *dpa*

Die Deutschen bleiben auch in der Krise reiselustig

In Stuttgart hat die Tourismusmesse CMT begonnen / Die meisten Deutschen machen Urlaub im eigenen Land

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN ANDREAS BÖHME

STUTTGART. Die Reiselust ist den Deutschen nicht vergangen. Allen wirtschaftlichen Krisen zum Trotz bilanziert die Branche in Deutschland ein Rekordjahr. Die Reisemesse CMT, die heute in Stuttgart beginnt, gilt als Trendbarometer. Und das verspricht gute Aussichten auch für das Jahr 2009.

Die Ferne lockt: 95 Länder präsentieren sich von heute an auf Europas größter Publikumsmesse für Tourismus in den Messehallen am Flugplatz. Wie immer ist die Schau ausgebucht, gibt es Wartelisten für Aussteller und manchmal auch für Besucher: Rund 225 000 kamen im vergangenen Jahr und heuer werden es nicht weniger.

Drei von vier Deutschen machen wenigstens eine Reise pro Jahr, und das seit Ende der 80er Jahre. Urlaub ist fast Gewohnheitsrecht. Die Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen registriert in einer aktuellen Studie, dass zwar eine Dreiviertelmehrheit die Krise als besorgniserregend empfindet, sich aber nur 16 Prozent persönlich betroffen fühlen. Und lediglich 13 Prozent der Befragten geben an, dass die Krise ihre Urlaubsplanung beeinflusse. Äußere Faktoren spielen also kaum eine Rolle, nur elf Prozent lassen sich von den Treibstoffpreisen, nur sechs von der Klimadebatte den Urlaub in Frage stellen.

Ganz frei von weltwirtschaftlichen Einflüssen ist die Branche dennoch nicht geblieben. Die Dresdner Bank schätzt in ihrer alljährlichen Reiseverkehrsbilanz die Ausgaben der Deutschen auf 61,5 Milliarden Euro in 2008. Das ist ein Zuwachs von immerhin 1,5 Prozent. Obwohl damit ein neuer Rekord erreicht wird, hat sich die Wachstumsrate allerdings halbiert.

Generell rechnet der Reiseforscher Martin Lohmann mit leichten Preissteigerungen im laufenden Jahr, weil die Kapazitäten der Veranstalter nicht mehr so ungehemmt wachsen wie bisher. Gleichzeitig erwartet er vermehrt Sonder- und Last-Minute-Angebote, weil die Kundschaft immer kurzfristiger plant – obwohl bereits ein Drittel der Bevölkerung konkrete Reisepläne für 2009 hegt. Lohmann schätzt, dass sich das diesjährige Wachstum deshalb zwischen null und zwei Prozent bewegt.

Letzte Vorbereitungen auf der Tourismusmesse CMT. FOTO: DPA

Wo fährt man hin? Das nach wie vor beliebteste Ziel der Deutschen ist das eigene Land. 83 Prozent aller Urlaubsreisen verteilen sich auf elf Staaten. Deutschland führt dabei mit einem Anteil von 31 Prozent, gefolgt von Spanien (13), Italien (sieben) sowie der Türkei und Österreich (je sechs Prozent). Vor allem die Mittelmeerländer werden sich nach Ansicht der Reiseforscher aber auf eine zunehmende Zahl älterer Touristen umstellen müssen, wenn sie ihre starke Stellung behalten wollen.